**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

**Band:** 45 (1951)

**Heft:** 5

**Artikel:** Weltrundschau : der Richtungskampf in Amerika ; Hände weg von Korea! ; Satelliten ; Rebellion in England? ; Frankreich vor den Wahlen ; "Gleichberechtigtes" Westdeutschland ; Neues Mächtegleichgewicht? ; Das wirkliche Problem

**Autor:** Kramer, Hugo

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-139507

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 08.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

Grundlage bedeutet, können wir erst ahnen. Kramer dürfte auf der richtigen Spur sein, wenn er sagt: «Im Geiste der Demokratie – das heißt letztlich mit den Kräften des Reiches Gottes.» (S. 112.) Aber die Präzisierung dieser Ahnung erfordert ungeheure Arbeit der Menschen und Gnade «von oben» (S. 118). Die Hauptschwierigkeit beruht darauf, daß es bisher nur einen Universalismus auf undemokratischer Grundlage, als «Reiche» von «Weltherrschern» gegeben hat, deren Untertanen sich auf magische Weise mit ihren Herren identifizierten. Dieser mystisch-monarchische Universalismus ist weithin im konservativen Christentum noch lebendig. Er ist nicht kapitalistisch, aber auch nur schwer für den prophetisch-evangelischen Reich-Gottes-Glauben zu gewinnen, der auf dem selbständigen Gewissen eines jeden Einzelnen fußt. Gleichwohl ist dieses konservative Christentum, und nicht der Kommunismus, der gegebene Bundesgenosse des demokratischen Sozialismus. Er ist sogar ein gewisser Schutz für den demokratischen Sozialismus gegen die Versuchung, aus seiner Geburtsstätte, den europäischen Revolutionen, den nationalstaatlichen Partikularismus zu übernehmen. Vielleicht ist gerade dies die Tragik der russischen Revolution, daß sie den Nationalismus aus der Französischen Revolution wie aus dem eigenen Volkstum übernommen hat, gegen den der «Zäsaropapismus» der russischen Kirche keine Immunitätsstoffe ausgebildet hatte. Auf jeden Fall ist der Einsatz *für* eine universale Demokratie zugleich Einsatz *gegen* einen sich verabsolutierenden Nationalismus.

*Feodor Roettcher.*

## WELTRUNDSCHAU

### Der Richtungskampf in Amerika

«Was soll nun nach MacArthurs Sturz in Ostasien weiter geschehen?» Die Frage, die wir hier vor vier Wochen gestellt haben, ist auch heute noch nicht beantwortet — weit entfernt davon. General MacArthur ist zwar bei seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten wie ein Triumphator empfangen worden, unter unglaublichen Ausbrüchen zügelloser Massenhysterie, wie sie nicht einmal ein Hitler zu erzeugen gewußt hatte[1]. (Man hat die Gefährlichkeit dieses amerikanischen Engroshypnotiseurs bisher immer noch nicht gebührend gewürdigt!) Und

[1] Ein kanadischer Zeuge von MacArthurs Empfang in Washington, wo es noch lange nicht so toll herging wie z. B. in San Franzisko oder in Neuyork, sprach von einer «fast erschreckenden Kundgebung des Führerkomplexes, wobei die Gefühlsraserei der Menge an die Anbetung irgendeines Stammesgottes erinnerte» («New York Times» vom 22. April). Recht nett ist auch, was amerikanische Blätter aus Los Angeles berichten: «Frau Beatrice H. C. Wood hat ihren Geburtstag nicht gern. Es ist der 8. Mai, der auch Präsident Trumans Geburtstag ist. Sie ließ heute wissen, daß sie künftig ihren Geburtstag am 26. Januar feiern werde – dem Geburtstag General MacArthurs.»

die Anhänger des entlassenen Helden haben denn auch, die Konjunktur ausnützend, unverzüglich den Kampf um seine Ehrenrettung mit aller Macht aufgenommen. Die dreitägige theatralische Einvernahme MacArthurs vor den zuständigen Senatskommissionen war unzweifelhaft ein erster, wichtiger Erfolg in diesem Kampf, und eine ungeheure, glänzend orchestrierte Propagandaaktion sorgte dafür, daß er seine psychologische Wirkung bis in den letzten Winkel des Landes hinein tat. Aber was für *politische* Folgen sich daraus ergeben werden, in welcher Weise namentlich der Krieg in Ostasien weitergeführt werden wird, das ist noch keineswegs klar abzusehen.

Klar ist vorderhand nur die Angriffslinie der Mac-Arthur-Partei. Ihre Vorkämpfer klagen die Regierung an, erstens unter ausländischem Druck eine Politik der Kapitulation vor den chinesischen und damit auch den russischen Kommunisten zu betreiben; zweitens durch das Verbot der «Entfesselung» von Tschiang Kai-sheks Formosa-Armee und des Angriffs auf die mandschurischen Etappenstützpunkte der Chinesen einen Sieg der UNO-Truppen in Korea unmöglich zu machen, unter Aufopferung der Blüte der amerikanischen Jugend, und drittens die Chinesen zur Fortsetzung des Krieges zu ermutigen, also die Existenz der «freien Welt» selber aufs Spiel zu setzen, die zum Untergang verurteilt sei, wenn sie in Korea nicht siege. Umgekehrt käme, wie MacArthur sagt, eine Niederlage des Kommunismus in Korea seinem Zusammenbruch in der ganzen Welt und der Verhinderung eines neuen Weltkrieges gleich. Das Gebot der Stunde sei also der Einsatz aller militärischen und wirtschaftlichen Kampfmittel gegen das kommunistische China, das einem entschlossenen Angriff nicht lange widerstehen könne, und in dessen Hinterland anderthalb Millionen Partisanen nur auf das Zeichen zum Losschlagen warteten, während die Gefahr eines Eingreifens der Sowjetunion angesichts der Schwäche und Verwundbarkeit ihrer militärischen Stellung im Fernen Osten nicht hoch zu achten sei.

Die amerikanische Regierung hat gegenüber dieser Offensive der Mac-Arthur-Partei – die jetzt mit der Republikanischen Partei fast identisch ist – keinen leichten Stand. Sie sucht zwar die Ausdehnung des Koreakrieges auf China oder gar die Sowjetunion wenn immer möglich zu vermeiden, zumal sie für diesen Fall einen Bruch der Einheitsfront der Vereinten Nationen befürchtet. Aber anderseits läßt sie sich durch die anscheinende Volkstümlichkeit der MacArthurschen Parolen mehr und mehr selbst zu dem Zugeständnis drängen, daß es bei einer Weiterführung des Koreakrieges im bisherigen Rahmen unmöglich sei, das von der UNO-Generalversammlung gesteckte Ziel – «Aufrichtung einer geeinten, unabhängigen und demokratischen Regierung in Korea» – zu erreichen. Und die Frühjahrsoffensive der Nordkoreaner und Chinesen, die diese, wenn auch unter sehr schweren Verlusten, wieder weit über den 38. Breitengrad hinaus schon bis unmittelbar vor Söul heran-

gebracht hat, scheint dieser Auffassung auch tatsächlich recht zu geben. Die amerikanischen Wehrmachtsführer waren im Blick auf diese Lage schon im Januar nahe daran, Mac Arthur zu einem «Teilkrieg» gegen China zu ermächtigen; unter dem Eindruck des MacArthur-Rummels läßt nun die Regierung offen ankündigen, daß die Mandschurei sofort von der UNO-Luftwaffe angegriffen werde, wenn die Chinesen *ihre* Flugzeuggeschwader gegen Korea in Bewegung setzten. Gleichzeitig beliefern die Vereinigten Staaten die Armee Tschiang Kai-sheks mit reichlichem Kriegsmaterial, dessen zweckmäßige Verwendung von einer Hals über Kopf nach Formosa beorderten amerikanischen Militärmission überwacht wird, und erklären ein übers andere Mal, daß Formosa in keinem Fall einem kommunistischen China überlassen werden dürfe, vielmehr ein unveräußerlicher Bestandteil des amerikanischen Verteidigungssystems im Pazifikraum bleiben müsse. Kurz, die Truman, Acheson und Marshall haben sich zwar des arroganten MacArthur als Person entledigt, sind aber nun auf dem besten Weg, sachlich seine Ostasienpolitik selber zu übernehmen. Nur die Loslassung Tschiang Kai-sheks auf China liegt ihnen noch nicht recht – die Erinnerung an den katastrophalen Mißerfolg der früheren Unterstützung Tschiang Kai-sheks durch die Vereinigten Staaten ist noch allzu lebendig –; im übrigen aber weicht Washington vor dem Draufgängertum der MacArthuristen Schritt um Schritt zurück, so daß vielfach bereits mit dem völligen Sieg der Aktivistenpartei gerechnet wird.

**Hände weg von Korea!** Dennoch halten wir das Vertrauen fest, daß dieses Unglück nicht zugelassen werden wird. Warum sollte nicht die Sonne der Wahrheit doch noch durch den erstickenden Lügennebel durchbrechen, der jetzt auf dem amerikanischen Volke liegt? Und sicherlich, die Wahrheit ist einfach genug, um von allen Menschen verstanden zu werden, die sich ihr überhaupt auftun *wollen*. Weit entfernt, einen Angriff auf den Lebensraum der Vereinigten Staaten zu bedeuten, wie das MacArthur behauptet, stellt das Auftreten der Chinesen in Korea nach allen hergebrachten Begriffen umgekehrt die Abwehr einer unmittelbaren Bedrohung dar, der das neue China von seiten der amerikanischen Armee ausgesetzt war und noch ist. Diese Bedrohung entspricht ja auch durchaus der Linie, der die amerikanische Politik seit Kriegsende immer konsequenter folgt. Ihr leitender Grundsatz ist in der Tat, wie die Neuyorker «Monthly Review» (Aprilheft) schreibt,

«einmal die Anerkennung der Rechtmäßigkeit der sowjetischen und chinesischen Sicherheitszonen zu verweigern, und sodann die gänzliche Beseitigung dieser Sicherheitszonen durch Gewalt und Gewaltdrohung zu versuchen. Daß es sich im Falle Chinas so verhält, liegt völlig klar auf der Hand. Formosa und Korea waren entscheidende Etappen in Japans Bemühen, ganz China zu erobern. Daß diese Länder in chinafreundlichen Händen sein müssen, ist das allererste Erfordernis von Chinas Sicherheit.

(Korea, so sagt Sumner Welles in ‚Harpers Magazine' vom März 1951, Seite 79, ist für China von grundlegender Bedeutung. Die Beherrschung Koreas durch irgendeine Macht, die Chinas Unabhängigkeit bedroht, ist eine Lebensgefahr für das chinesische Volk.) Jetzt wird aber Formosa durch die amerikanische Siebente Flotte gehalten, und eine gewaltige militärische Streitkraft Amerikas sucht Korea in die Hand zu bekommen. Machtpolitisch ausgedrückt ist der Angriffscharakter der amerikanischen Politik so klar, wie nur irgend etwas sein kann, und diese Politik hat überdies, wie das immer der Fall ist, auch zu ihrer unvermeidlichen Ausmündung in einen Krieg geführt.»

Eine dem Recht und der Vernunft entsprechende Beendigung des Koreakrieges ist darum nur möglich, wenn die Vereinigten Staaten Korea als zur Sicherheitszone Chinas gehörig anerkennen und damit zugleich auch darauf verzichten, die Vollendung der koreanischen Revolution — die mit der chinesischen so eng zusammenhängt — mit Gewalt verhindern zu wollen. Mit andern Worten: Frieden kann in Korea und in Ostasien überhaupt nur werden

«auf Grund einer Regelung, an der auch China und die Sowjetunion beteiligt sind, einer Regelung, die eine vorläufige allkoreanische Regierung mit kommunistischer Vertretung einsetzt, die irgendeine Art Kompromiß mit dem Kommunismus als der sozialen und politischen Grundlage der vorläufigen Ordnung annimmt und damit einverstanden ist, daß ‚freie Wahlen' solche sind, bei denen die koreanischen Kommunisten und die koreanischen Parteien, die mit ihnen zusammenzuarbeiten bereit sind, die gleichen Rechte wie die andern Parteien haben und in keinerlei Weise geächtet oder benachteiligt werden.» (K. Zilliacus im «New Statesman», 28. April.)

Natürlich wird in den Vereinigten Staaten – und nicht nur dort – jeder sofort als moskauhöriger Feind der «freien Welt» angeprangert, der solche Forderungen erhebt. Daß aber die Losung «Hände weg von Korea» doch auch in Amerika ihren Weg macht, mag der Offene Brief eines großen Geschäftsmannes, des Präsidenten der Lincoln Electric Company in Cleveland (Ohio), James F. *Lincoln*, an die «Cleveland Preß» zeigen, in dem als Ausweg aus der verfahrenen Lage in Korea an die verantwortlichen Staatsmänner eine dreifache Forderung gestellt wird: «Zum ersten gebet zu, daß wir die Angreifer sind und es nicht unsere Aufgabe ist, in Korea oder irgendein anderes Land einzufallen. Zum zweiten: Bringt unsere Armee nach Amerika zurück. Zum dritten: Zahlt für den Schaden, den wir in Korea angerichtet haben.» Die Zeitung, die diesen Brief veröffentlicht hat, teilt mit, sie habe daraufhin 500 zustimmende Äußerungen erhalten und nur eine einzige ablehnende.

Gleichzeitig geht freilich die «Besudelungskampagne» der echten Patrioten gegen alle, die sich nicht mit der kriegstreiberischen Strömung gleichschalten lassen, mit unverminderter Heftigkeit weiter. Eines ihrer jüngsten Opfer ist Thomas *Mann*, der sich gegen den Versuch, ihn als Schrittmacher des Kommunismus abzustempeln, im Neuyorker «Aufbau» zur Wehr setzen muß. «Exkommunistische Renegaten und frühere Sowjetspione, gelernte Verräter durch die Bank», so schreibt er,

«werfen sich auf und werden akzeptiert als Hauptverteidiger der Demokratie. Leute, die Schwarz nicht von Weiß unterscheiden können und – angeblich zumindest – die primitivsten Tricks der kommunistischen Propaganda für bessere Münze halten als das Wort eines Mannes von bisher unbestrittener Integrität, sind auf dem Posten zur Verteidigung des Anstandes und der Freiheit.

Ich bin kein Kommunist und bin nie einer gewesen. Auch ein ‚Reisekamerad' bin ich weder, noch könnte ich je einer sein, wo die Reise ins ‚Totalitäre' geht. Daß aber für dieses Land, dessen Bürger zu werden mir eine Ehre und Freude war, der hysterische, irrationale und blinde Kommunistenhaß eine Gefahr darstellt, weit schrecklicher als der einheimische Kommunismus; ja daß der Verfolgungswahnsinn und die Verfolgungswut, in die man verfallen und der sich mit Haut und Haar zu überlassen man im Begriffe scheint – daß all dies nicht nur zu nichts Gutem führen kann, sondern zum Schlimmsten führen wird, wenn man sich nicht schleunigst besinnt, wollte bei dieser Gelegenheit ausgesprochen sein.»

**Satelliten** Thomas Manns Warnung erscheint doppelt berechtigt, wenn man sieht, wie die amerikanische Rüstungsmaschinerie in atembeklemmendem Tempo und mit wild stampfender Wucht weiterarbeitet. Das neue Militärbudget (für das Finanzjahr 1950/51) weist Ausgaben von über 65 Milliarden Dollar (etwa 280 Milliarden Schweizer Franken) auf – eine auch für amerikanische Größenverhältnisse fast irrsinnige Summe. Die Hilfsgelder an die Bundesgenossen und Satelliten in aller Welt fließen denn auch reichlicher als je. Neuerdings sucht auch *Jugoslawien* wieder um eine «Spezialhilfe» nach, die, wie aus Washington gemeldet wird, von der amerikanischen Regierung «wohlwollend in Erwägung gezogen» werde, obwohl die Regierung Tito in den vergangenen 18 Monaten von den Vereinigten Staaten bereits Anleihen, Kredite und Unterstützungen in der Höhe von 150 Millionen Dollar erhalten habe. Jugoslawien ist denn auch eifrig bemüht, sich dem amerikanischen Lebensstil anzugleichen. Neuerdings hat es, wie die «Neue Zürcher Zeitung» mit Befriedigung vermerkt, einen bedeutsamen Schritt «auf dem Weg zur freien Wirtschaft» getan, indem es die Ablieferungspflicht für Fleisch, Magerschweine, Milch, Kartoffeln, Hülsenfrüchte und Viehfutter mit Wirkung vom 1. Juli weg aufgehoben hat. Diese Maßnahme entspricht, so berichtet der Belgrader Korrespondent des genannten Blattes, «der allgemeinen Tendenz der heutigen jugoslawischen Wirtschaftspolitik: Abbau der totalen Planwirtschaft sowjetrussischen Musters und Herstellung der freien Marktwirtschaft in möglichst vielen Wirtschaftszweigen». Rückkehr zu kapitalistischen Methoden also auch hier . . .

Daß in *Japan* gleichfalls mit amerikanischer Hilfe das «freie Unternehmertum» (das in Wahrheit mehr als in irgendeinem andern Land unter die monopolistische Herrschaft einiger weniger Mammutkonzerne geraten ist) neu ersteht und gleichzeitig die kaum zerschlagene Wehrmacht wieder aufgebaut, also auch die schuldbeladene militaristische Führerkaste wieder in ihre alte Machtstellung eingesetzt wird, mit selbstverständlicher Begnadigung fast aller Kriegsverbrecher, weiß jeder, der

sich um die Kenntnis dieser Dinge bemüht; der durchschlagende Erfolg der Konservativen Partei bei den jüngsten Gemeinde- und Provinzwahlen macht diesen Vorgang auch nach außen hin aller Welt sichtbar. Wie große Anstrengungen die Vereinigten Staaten anderseits machen, um die *mittel- und südamerikanischen Republiken* vollends ganz unter ihre Botmäßigkeit zu bringen und deren reiche, aber meist noch ungenützten Wirtschaftskräfte in den Dienst der militärischen Aufrüstung des Westblockes zu stellen, hat neuerdings mit besonderer Deutlichkeit die allamerikanische Konferenz gezeigt, die diesmal sinnvollerweise in Washington abgehalten worden ist. Nur wird das Lied von der Verteidigung der freien Welt gegen Diktatur und Staatsallmacht, das auch bei diesem Anlaß von den nordamerikanischen Staatsführern gesungen wurde, von den anwesenden Vertretern der diversen Militärdiktatoren, die in Honduras, Kolumbien, Brasilien, Uruguay, Argentinien und Umgebung ihr Wesen treiben, mit der in diesem Fall besonders angebrachten Ironie angehört worden sein. Aber als die Realpolitiker, die sie sind, haben auch diese Freiheitskämpfer gewiß alles Verständnis für die propagandistischen Notwendigkeiten der nördlichen Schwesterrepublik, zumal sie, wie Del Vayo in «The Nation» (7. April) bemerkt,

«eifrig bestrebt sind, den Versuch Francos, ihres Vorbilds, nachzumachen, sich mit amerikanischer Hilfe der Finanzkrise zu entwinden, die sein Regiment erdrosselt. Gewisse Vorschläge Washingtons haben keineswegs ihren Beifall, aber sie hoffen eben, die Konferenz werde ihnen ein langes und gedeihliches politisches Leben sichern, so wie es der große ‚Wohltäter' von San Domingo, General Trujillo, genießt. Die Einheitsfront gegen den Kommunismus, der sie unter der Leitung der Vereinigten Staaten beitreten sollen, bedeutet für sie und ihre Erben Schutz gegen den Zorn ihrer eigenen Völker.»

**Rebellion in England!** Die latein-amerikanischen Satelliten der Vereinigten Staaten haben es so immerhin noch verhältnismäßig gut. Sie murren zwar über die Oberherrschaft der Yankees, die sie zum Rang von Kolonialstaaten herabdrücke, genießen dadurch aber doch schätzenswerte wirtschaftliche und politische Vorteile für ihre Oberklasse, ohne gezwungen zu sein, ihren militärischen Beitrag für die Rettung des Abendlandes zu leisten. Anders die europäischen Kostgänger Nordamerikas, die gerade unter diesem Zwang zur Aufrüstung, den ihnen als Gegenleistung für ihre Finanzhilfe die Vereinigten Staaten auferlegen, wirtschaftlich immer empfindlicher leiden. Man sieht das neuerdings besonders deutlich an *England*. Denn die *Bevankrise*, die einen Augenblick lang den Weiterbestand des Labourregimes selber zu gefährden schien, hat ja ihre Ursache wesentlich darin, daß die drei zurückgetretenen Regierungsmitglieder, Arbeitsminister Bevan, Handelsminister Wilson und Versorgungssekretär Freeman, die Erhöhung der Wehrmachtsausgaben um gleich 1100 Millionen Pfund (etwa 12 Milliarden Franken) von einem Jahr zum andern für rein unmöglich erachten, es sei denn um den Preis einer ernstlichen Schädigung der Friedenswirt-

schaft und einer fühlbaren Senkung der Lebenshaltung. Sie befürchten insbesondere einen gefährlichen Einbruch in das ganze System der neugeschaffenen großen Sozialwerke, hat sich doch der bisher unentgeltlich geleistete öffentliche Gesundheitsdienst – dieses Kleinod des britischen Wohlfahrtsstaates, auf das die Labourpartei mit Recht besonders stolz ist – bereits eine grundsätzlich nicht unbedenkliche Einschränkung gefallen lassen müssen.

Die durch den Rücktritt Bevans und seiner beiden Kollegen hervorgerufene Krise konnte dann zwar in ihrer akuten Form schnell überwunden werden; dafür ist aber die *schleppende* Krise des Labourregimes, die sich schon seit drei oder vier Jahren entwickelt, nur um so deutlicher offenbar geworden und greift immer weiter die Überzeugung um sich, daß die Tage der Regierung Attlee gezählt seien. Dies nicht nur, weil die Krankheit Attlees selbst und des schon vor Monaten ausgeschiedenen Cripps, der Tod Bevins und die Müdigkeit Morrisons wie auch anderer Kabinettsmitglieder unverkennbare Anzeichen dafür sind, daß die politische Tatkraft der bedeutendsten Labourführer verbraucht ist, sondern viel mehr noch darum, weil es jetzt allmählich auch dem befangenen Blick aufdämmert, daß die unsozialistische Außenpolitik der Labourregierung, die sich so unbesonnen hat vor den Wagen des kapitalistisch-imperialistischen Amerika spannen lassen, auch ihrer sozialistisch ausgerichteten Innenpolitik zum Verhängnis zu werden droht. Bevan selbst und seine Freunde suchen sich diesen Zusammenhang zwar immer noch zu verbergen, indem sie nach wie vor die grundsätzliche Vereinbarkeit der militärischen Aufrüstung und der sozialistischen Reformpolitik behaupten und nur eine bessere Anpassung der Aufrüstung an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes fordern[1]. Aber das ist nun wieder gerade jener tragische Irrtum, der auch auf dem europäischen Festland, eingeschlossen die Sowjetunion, so weit verbreitet ist. In dieser Frage stoßen einfach zwei Welten aufeinander: die Welt der sozialistischen Erneuerung, in der allein Freiheit und Frieden gesichert sind, und die Welt der alten militärischen Machtpolitik, die wirtschaftliche Zerrüttung, Knechtschaft und Krieg nach sich zieht. Für die eine oder die andere Welt müssen wir uns alle entscheiden: sauber, ganz und konsequent. Und je länger sich Labourengland dieser Entscheidung zu entziehen sucht, desto wirksamer ebnet es den Weg für die Rückkehr der auf *ihre* Weise konsequenten konservativen Imperialisten, mit dem alten Churchill an der Spitze, der schon lange nach Revanche für seine Demütigung durch

[1] Oder regt sich in Bevan doch schon die Einsicht, daß der außenpolitische Kurs der Labourregierung *grundsätzlich* verfehlt ist? Der Londoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» rief jedenfalls letzthin erschrocken aus: «Bevan hat die Flagge des *Neutralismus* von neuem entrollt. Attlee und Churchill können noch von Glück reden, daß dieser Kampfruf der ‚Rebellion' zunächst durch die hysterischen Obertöne verdeckt wurde, die Bevan in seinen persönlichen Angriffen auf die Regierung anschlug.»

das Volksurteil von 1945 dürstet. Es ist schon so, wie uns dieser Tage ein Freund schrieb:

«Churchill ist ein großer Engländer, wohl der letzte der viktorianischen Zeit. Er sagte sich: England ist verarmt. Amerika ist an seine Stelle getreten. England ist Labour geworden. Was gibt es dagegen zu tun? Eine Kriegspolitik heraufbeschwören, neue allgemeine Unsicherheit schaffen! Die spannt alle Nationen an, vornehmlich Amerika. Wenn dann auch England zu Rüstungen übergehen muß, bedeutet das neue Lasten für das Volk, neue Lasten zu einer Zeit (angeblicher) nationaler Bedrohung. Da wird die Labourregierung unsicher, kommt zur bürgerlichen Politik der Kostenabwälzung auf das Volk, und dann ist Labour im Volk erledigt. So geht Churchills Politik auf lange Sicht jetzt in Erfüllung.»

**Frankreich vor den Wahlen** Auf der *französischen* Wirtschaft lastet, wie man weiß, der Druck der Kriegsrüstungen und der Kriegführung (Indochina!) womöglich noch schwerer als auf der britischen, die immerhin einer planmäßigen Lenkung mit ausgesprochen sozialer Zielsetzung untersteht, während Frankreich zum «freien Unternehmertum» zurückgekehrt ist, mit all seiner Selbstsucht, Willkür und Unordnung. Seine Produktion ist in den letzten Jahren gewiß erheblich gestiegen (wenn auch weniger als diejenige Großbritanniens); aber das darf nicht darüber hinwegsehen lassen, daß die *Verteilung* des erzeugten Reichtums so ungleich und widersinnig ist wie nur je. Und das ständige Fortschreiten der Teuerung, bei ebenso regelmäßigem Zurückbleiben der Löhne, macht die Ungleichheit in der Verteilung des Wirtschaftsertrages nur immer stärker fühlbar. Die Aufrüstung spielt dabei eine Rolle, die immer verderblicher zu werden droht. «Die Sparmaßnahmen», so schreibt Raoul Crespin im ‚Christianisme social' (Aprilheft), «erfassen die Schulen, die Sozialversicherung für die Studierenden, die Familienzulagen. Die Inflation, diese Geldsteuer, die letzten Endes die Aufrüstung finanzieren wird, vollzieht sich zum Schaden aller Bezüger von festen Einkommen, von den Lohnverdienern bis zu den wirtschaftlich Schwachen. Die politische Wendung, die 1947 mit der Verdrängung der Kommunisten aus der Regierung und dann der Sozialisten aus den Schlüsselstellen der Volkswirtschaft und der Finanzen einsetzte, ist heute abgeschlossen. Die Burgfriedenszeiten sind niemals Zeiten sozialer Gerechtigkeit gewesen.»

Dazu kommt nun noch die in Frankreich besonders gut ausgebildete Fähigkeit der Wohlhabenden, sich um ihren Anteil an der Tragung der gemeinsamen Lasten zu drücken. Im Jahre 1949 gab es zum Beispiel über eine Million Privatautomobile. Aber nur 131 000 Personen versteuerten ein Einkommen von mehr als 10 200 Schweizer Franken; 272 000 Personen gaben ein Einkommen von 7200 bis 10 200 Schweizer Franken an. Nur vier von den 17 Millionen Erwerbstätigen zahlten überhaupt Einkommenssteuer, und davon waren mehr als die Hälfte Arbeiter mit einem Durchschnittslohn von 3200 Schweizer Franken. Die Inhaber der 950 000 «persönlichen Geschäftsunternehmungen» – meistens Klein-

händler und Handwerker – gaben ein Durchschnittseinkommen von ganzen 2700 Schweizer Franken an. Die amtliche Schätzung, daß im Jahre 1949 rund drei Milliarden Schweizer Franken der Einkommensbesteuerung entzogen worden seien, dürfte unter solchen Umständen hinter den Tatsachen weit zurückbleiben.

Selbstverständlich tun die Besitzenden, die den Wirtschafts- und Staatsapparat beherrschen, nichts, um diese Ungerechtigkeiten zu beheben und das sogenannte Volkseinkommen neu zu verteilen. Im Gegenteil! Der «Esprit» (Märznummer) hat ein paar erbauliche Müsterchen der Gesinnung, wie sie in dieser Klasse herrscht, mitgeteilt. Nach dem Protokoll der Sitzung eines Unterausschusses der Kommission für Gesamtarbeitsverträge meinte ein Unternehmervertreter bei der Beratung über Familienbudgets: «Laufendes Wasser in Arbeiterwohnungen braucht es nicht; die können es ja draußen holen.» Ein anderer fand: «Ausgezeichnete Anzüge, die fünf Jahre halten, kann man jetzt für 3600 Francs (42 Schweizer Franken) kaufen. Ein paar Notstände darf der Mindestlohn schon noch übrig lassen, sonst werden die Burschen faul.» «Der ungelernte Arbeiter legt einen Anzug nur zweimal an – am Hochzeitstag und wenn man ihn verscharrt (quand on le descend dans le trou).» «Eine halbe Tonne Kohle für jeden Arbeiter? Wofür? Wenn er von der Arbeit kommt, kann er ins Bett gehen und seine Frau zu sich nehmen, dann haben sie beide warm.»

So läßt sich das Volk nun freilich doch nicht behandeln. Damit es aber seine Stimme künftig nicht mehr gar zu laut erheben kann, haben die Regierungsparteien nach unsäglichem Laborieren und Manövrieren nun doch ihre *Wahlreform* unter Dach gebracht, die wirklich ein Muster politischer Zweckmathematik geworden ist. Die Partei, die die Mehrheit der Stimmen in einem Wahlkreis (Departement) erhält, wird künftig sämtliche zu vergebenden Sitze gewinnen, und das wird in der Regel eine «staatserhaltende» Partei sein. Um aber gewisse Teilhaber der Regierungsmacht, insbesondere die katholischen Volksrepublikaner und die Sozialdemokraten, nicht selbst zu schädigen, haben die Konstrukteure der Reform auch die Möglichkeit der Listenverbindung vorgesehen. Das wirkt sich in einem Departement mit sagen wir 10 Abgeordneten so aus: Angenommen, die Volksrepublikaner bekommen 130 000 Stimmen, die mit ihnen verbundenen Sozialdemokraten 113 000, die Kommunisten 110 000, die Gaullisten 95 000. Dann fallen den Volksrepublikanern und den Sozialdemokraten je fünf Sitze zu, während Kommunisten und Gaullisten völlig leer ausgehen. Beim bisherigen System würden sie je zwei Sitze bekommen. Wo keine Einzelpartei und keine Allianz die Mehrheit der Stimmen erhält, wird auch in Zukunft die Verhältniswahl gelten, ebenso in Paris und Umgebung, weil hier die Einführung des in der Provinz anzuwendenden Systems den Kommunisten als der Mehrheitspartei zugute käme. Wo die Regierungsparteien die Mehrheit bil-

den, gilt das neue System; wo sie die Minderheit sind, schützen sie sich durch den Proporz!

Die konservativen Parteien hoffen mit dem neuen System bei den Wahlen zur Nationalversammlung, die nun am 17. Juni stattfinden sollen, den Kommunisten von ihren rund 180 Sitzen an die hundert abjagen zu zu können. Die Frage ist nur, ob damit dem Regime selbst gedient ist. Wahrscheinlich werden die politischen Spannungen nur um so größer werden und zu Entladungen führen, die den Herrschenden zum Verderben werden können – besonders wenn die Kriegsgefahr einmal in unmittelbare Nähe rücken sollte.

**„Gleichberechtigtes" Westdeutschland** *Ob* die Kriegsgefahr näher rückt, das hängt nicht zuletzt von der Entwicklung in Deutschland ab, das eben auch im «neuen» Europa eine Schlüsselstellung innehat. Nun ist aber das ganze Streben der Deutschen Bundesrepublik darauf gerichtet, die volle *Gleichberechtigung* im Rat der «freien» Nationen zu gewinnen und die Macht und Herrlichkeit des Reiches innert seiner alten Grenzen wiederaufzurichten. Gleichberechtigung ist ein schönes Wort. *Hier* deckt es eine häßliche Sache, meint es doch nur, daß das Welturteil über die Verbrechen der Nazi und über die Mitschuld des deutschen Volkes daran aufgehoben und ein *reueloses* Deutschland als den andern Nationen moralisch ebenbürtig anerkannt werden solle. «Die Bekriegung und Besiegung Deutschlands durch die Alliierten», so rufen die Deutschen ihren neuen Freunden im Westen zu, «war eine Fehlleistung. Vergessen wir die Vergangenheit und ziehen wir Arm in Arm gegen den gemeinsamen Feind im Osten!»

Der Erfolg dieses Kampfes um Gleichstellung mit den Feinden von gestern ist offensichtlich. Er drückt sich neuerdings in der Zulassung Westdeutschlands zur vollen Mitgliedschaft im Straßburger Europarat aus, die prompt von einer amtlichen Erklärung der Bonner Regierung gefolgt war, wonach Deutschland seine *Grenzen von 1937* zurückhaben müsse, also nebst dem Saarland und den an Belgien und Holland abgetretenen Landstreifen vor allem das heute russische Ostpreußen und die von Polen übernommenen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie wiedererstattet haben wolle. Daß diese Forderung der allgemeinen Volksmeinung in Westdeutschland durchaus entspricht, darüber kann kein Zweifel bestehen; wie stark der radikale Nationalismus an Boden gewinnt, zeigt ja neuerdings der große Erfolg, den die recht eigentlich neunazistische Sozialistische Reichspartei bei den Wahlen in Niedersachsen errungen hat, flankiert von dem kaum weniger nationalistischen «Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten», der gleichfalls eine ungemein große Zugkraft bewiesen hat. Auf die Rückgewinnung der verlorenen Ostprovinzen dürfen die Deutschen freilich nur im Fall eines siegreichen Krieges gegen den Sowjetblock hoffen. Aber was verbietet ihnen, diese

Hoffnung zu hegen? Die Haltung der Westmächte sicher nicht. Die militärische Wiederaufrüstung Deutschlands ist zwar ins Stocken gekommen, aber grundsätzlich beschlossen ist sie seit der Brüsseler Konferenz vom Dezember 1950 dennoch. Und bis zur Ausführung dieses Beschlusses schickt jetzt Amerika eine neue Division um die andere übers Meer, in der Absicht, den Deutschen eine gewisse Gewähr dafür zu bieten, daß sie im Kampf gegen den Ostblock nicht allein dastehen würden, sondern sich vertrauensvoll den täglich stärker werdenden Armeen des Atlantikbundes anschließen könnten. Das Mißtrauen der Adenauer, Schumacher und Guderian wird dadurch in nützlicher Frist schon überwunden werden: und Westdeutschland bekommt wieder seine geliebte Armee, wenn auch gegen den Willen der Volksmehrheit. Aber das ist nun eben einmal ihre Auffassung von Demokratie . . .

**Neues Mächtegleichgewicht!** Es war vor allem die Aussicht auf die automatische Weiterentwicklung dieser Politik der deutschen Wiederaufrüstung zu einem neuen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion, die die russische Diplomatie zu dem Vorschlag bestimmt hat, es sei eine *Außenministerkonferenz* der vier an Europa unmittelbar interessierten Großmächte einzuberufen. Nachdem nun aber bis zur Stunde nicht weniger als 49 Sitzungen der Pariser Vorkonferenz stattgefunden haben, ohne daß auch nur eine Verständigung über die *Tagesordnung* einer allgemeinen Konferenz erreicht worden wäre, ist die von Anfang an nicht sehr große Hoffnung auf einen Viererpakt über die Beendigung des Kalten Krieges beinahe ganz geschwunden. Und zwar ist es offenbar die Sowjetunion, die – wie schon in unserer April-Rundschau vermutet – kein Interesse mehr an einer Friedenskonferenz zeigt. Die Umstände, unter denen im vergangenen Herbst die Russen zu weitgehenden Zugeständnissen bereit gewesen wären, um nur die anscheinend akut werdende Kriegsgefahr zu bannen, haben sich inzwischen, wie sie glauben, zu ihren Gunsten stark verändert. «Die Ausschreitungen des MacArthurismus im Fernen Osten», so schreibt der «New Statesman» (5. Mai),

«haben das russisch-chinesische Bündnis gefestigt und den Hauptteil der amerikanischen Militärmacht auf einen Schauplatz zweiten Ranges abgelenkt. Eine halsbrecherische Aufrüstung, begleitet von Inflation und Rohstoffknappheit, unterhöhlt die Wiederaufrüstung Europas, die der Marshallplan fertiggebracht hat; und die Russen können ziemlich sicher sein, daß auch ohne eine Viermächtekonferenz keine *unmittelbare* Aussicht auf die Neuschaffung einer deutschen Armee besteht. Als sie zuerst die Konferenz vorschlugen, brauchten sie eine Verständigung . . . Heute sind es, im Gegensatz zum vergangenen Oktober, die Westmächte, die eine Konferenz und eine Lockerung der Spannung brauchen. Aber das Gefühl ihrer Schwäche macht sie weniger und nicht *mehr* willig, die Waffe der Diplomatie zu gebrauchen.»

Anders kann man es sich in der Tat nicht erklären, daß die Westmächte durch den Mund des britischen Außenministers Morrison ausgerechnet in dieser Lage von den Russen verlangt haben, sie müßten in

eine deutliche *Verschiebung des Kräfteverhältnisses in Europa zu ihren Ungunsten* einwilligen, wenn es doch noch zu einer Verständigungskonferenz kommen solle. Denn was hier unter einer Rückverschiebung des Schwergewichts nach dem Westen hin verstanden wird, das ist ja nichts anderes als die Zurückdrängung der Sowjetunion und ihrer Verbündeten auf eine Linie, wie sie die Westmächte als in *ihrem* Interesse gelegen festsetzen würden. Wobei angenommen werden darf, daß dazu die Rückgabe der ehemaligen deutschen Ostprovinzen und die «Befreiung» Polens, der baltischen Länder, der Tschechoslowakei, Ungarns, Bulgariens und Rumäniens gehören würde. Sonst nichts. Aber auch wenn die westmächtlichen Ziele bescheidener wären, so ist es doch völlig klar, daß weder die Sowjetunion noch die übrigen Ostblockländer, und zwar ohne daß es dazu eines russischen Befehls bedürfte, sich auf die Herstellung eines solchen «vernünftigen Gleichgewichts» einlassen werden, «das Westeuropa die von ihm geforderte Sicherheit gewährt, ohne aber deswegen eine Bedrohung für Osteuropa darzustellen». («Neue Zürcher Zeitung».)

Die Sowjetunion ist gewiß auf einen Krieg mit den Westmächten heute weder militärisch noch psychologisch vorbereitet. Darauf deutet, wenn nichts anderes, auch der Umstand hin, daß in Moskau der Sturz MacArthurs mit sichtbarer Erleichterung aufgenommen wurde, nicht mit Ärger und Enttäuschung, wie es hätte sein müssen, wenn die Sowjetführung darauf spekuliert hätte, daß MacArthur durch einen Angriff auf China einen neuen Weltkrieg heraufbeschwören würde, für den die Verantwortung eindeutig auf Amerika fallen müßte und der deshalb von den andern UNO-Mächten nur mit schlechtem Gewissen und mit halber Kraft geführt werden könnte. Allein wenn *etwas* die Russen endgültig zu der Überzeugung bringen kann, daß ein dritter Weltkrieg doch unvermeidlich sei, dann ist es die neueste Haltung der Westmächte und ihre fast ultimativ gestellte Forderung auf freiwilligen Abbau der sowjetischen Machtstellung im östlichen Europa.

**Das wirkliche Problem** Wir sind gewiß die letzten, die mit dem alten Moltke glaubten, der Völkerfriede sei «ein Traum, und nicht einmal ein schöner». Aber *das* glauben wir allerdings, daß man nicht den Giftbaum der Kriegsrüstungen wachsen und wachsen lassen und dann erwarten darf, man könne mit der Zeit von seinen Ästen die Frucht des Friedens pflücken. Man kann immer noch nicht Trauben von den Dornen lesen oder Feigen von den Disteln! Und wir glauben zweitens, daß für das Wettrüsten und die zunehmende Kriegsgefahr vor allem die hinter der Außenpolitik *Amerikas* wirkenden Kräfte verantwortlich sind, nicht der «sowjetische Imperialismus». Auch nicht der nordkoreanische Revolutionskrieg, von dem Präsident Truman behauptet, er bilde «einen Bestandteil der weltweiten Strategie des Kremls zur Vernichtung der Freiheit» und eines «sowjetischen Planes

zur Eroberung der Welt», der aber in Wahrheit nur der – vielleicht sogar willkommene – Anlaß für die Vereinigten Staaten war, ihre im übrigen längst offen verkündete Politik des bewaffneten Hochdrucks auf Rußland im größten Stil vorwärts zu treiben und womöglich ihrem Ziel ein entscheidendes Stück näherzubringen. Nur auf diesem Boden konnte sich jene Kommunismuspanik und Kreuzzugsstimmung entfalten, die die größte Kriegsgefahr in der heutigen Welt darstellt und unversehens zu der alles verheerenden Katastrophe führen kann. Noch sind die letzten Hemmungen nicht gefallen; aber sie *werden* fallen, wenn der Geist, der jetzt unter uns waltet, sein Werk weiter tun darf. Dann wird der abendländischen Weisheit letzter Schluß sein, was schon heute in einer sonst keineswegs maßgebenden Monatsschrift, die sich «Dinge der Zeit» heißt und in London auch deutsch herauskommt, ein gewisser Oskar *Fischer* predigen darf (April 1951):

«Der Krieg gegen das totalitaristische Rußland erscheint mir ... als die einzig mögliche Lösung des Problems. Mit andern Worten: als eine historische Notwendigkeit, um den europäischen Kontinent davor zu bewahren, für die nächsten Generationen in einen Zustand bolschewistisch-asiatischer Barbarei hinabgeworfen zu werden ... Der Okzident (einschließlich allem, was kulturell zu ihm gehört) sähe (nämlich im Falle eines russischen Vordringens nach Westen) einer Entvölkerung ins Auge, wie sie in der Weltgeschichte beispiellos wäre ... ‚Ernste Bibelforscher' und heitere Sozialdemokraten, Trotzkisten, Anarchisten, Konservative, Revolutionäre, Liberale, Esperantisten und eine Unmenge derer, die überhaupt nichts sind – alle politischen, religiösen und sonstigen Glaubensbekenntnisse, alle Gemeinden, Parteien, Sekten, Fraktionen, Gruppen und Vereine würden auf diese oder jene Weise ausgerottet werden, und das organisationsmäßig wie individuell ... Die Schrecken der Atombombe und all ihrer Schwesterbomben müssen unbedeutend erscheinen gegenüber den Leichenbergen, die sich als Resultat der Stalinisierung der Welt auftürmen würden.»

Im Blick auf diese Gefahr, so schließt Fischer, sei es dringend erforderlich, «die Anhänger demokratischer Prinzipien von der historischen Notwendigkeit eines Krieges gegen Rußland zu überzeugen, das heißt von der Notwendigkeit, das Krebsgeschwür des Erdballs durch einen chirurgischen Eingriff zu beseitigen».

Wie tröstlich war es, ein paar Tage, nachdem ich den Artikel Fischers gelesen hatte, die Schrift eines tapferen Amerikaners[1] in die Hand nehmen zu dürfen, der seinen Landsleuten und all den andern Menschenrechtskämpfern, die auf den Sowjetkommunismus als das verkörperte Untermenschentum zeigen, Wahrheiten sagt wie diese:

«Unser Blick auf die tatsächliche Lage der heutigen Menschheit sollte uns überzeugen, daß, wenn auch sämtliche Russen heute abend gefälligerweise stürben und sämtliche Kommunisten jedwelcher Rasse so freundlich wären, morgen mittag punkt 12 Uhr Selbstmord zu begehen, die Weltrevolution für die Gleichheit nicht stillstehen würde. Wir sollten uns erinnern, daß die ‚zurückgebliebenen' Völker nicht bloß hungrig, krank und verzweifelt sind; sie wissen jetzt auch, daß die moderne Wissenschaft und die modernen technischen Verfahren ihren Hunger und ihre Krankheit unnötig machen.

[1] Let's join the human race (Wir wollen zum Menschengeschlecht stoßen) von Stringfellow *Barr*, früherem langjährigem Hochschullehrer und nun Präsident der Stiftung für eine Weltregierung. (The University of Chicago Press. 25 Cents.)

Wenn sie finden, daß sämtliche Kommunisten plötzlich auf unerklärliche Weise gestorben sind, werden sie eben jedem andern folgen, der ihnen Abhilfe zu schaffen verheißt. Die Asiaten und Afrikaner werden weiter kämpfen oder planen, um die weißen Leute hinauszuwerfen. Die Hungrigen werden weiter kämpfen oder planen, um zu essen zu kriegen. Diese Völker sind in Bewegung ... Der Gedanke, wir könnten eine stabile Welt bekommen, wenn wir Rußland einschüchtern oder besiegen, ist darum widersinnig ...

*Unsere einzige Chance liegt darin, daß wir etwas zur Lösung des wirklichen Problems tun.* Zu diesem Zweck müssen wir nicht nur auf die Russen hinschauen, sondern auf die zwei Milliarden andern Menschen, denen sie Hilfe anbieten. Was brauchen sie? Was hat nach ihrer Meinung zu geschehen, damit die Welt für sie erträglich wird?

Wenn wir erst einmal den kindischen Glauben aufgeben, allein die Russen stünden zwischen der Menschheit und einem dauerhaften Frieden, können wir auch wieder zu denken anfangen. Und wenn wir denken, dann werden wir eine vernünftige Außenpolitik finden, die sich auf Tatsachen gründet und nicht auf Phantasien.»

Worte, die der gesunde Menschenverstand selber eingegeben hat! Aber wer hört noch auf so etwas im heutigen Amerika?

10. Mai. *Hugo Kramer.*

## SCHWEIZERISCHE RUNDSCHAU

**Ihr Patriotismus** Die eidgenössischen Räte haben uns dieses Frühjahr eine eindrucksvolle Lektion in Patriotismus gegeben. Die beispiellos ausschweifende Rüstungsvorlage, die der Bundesrat ihnen unterbreitet hatte, haben sie zwar im Handumdrehen und ohne grundsätzliche Bedenken – wer hat so etwas noch in dieser Zeit antikommunistischer Massenangst? – fast einmütig angenommen, obschon über die militärtechnische Zweckmäßigkeit wesentlicher Teile der vorgesehenen Maßnahmen lebhafte Meinungsverschiedenheiten bestehen. Als es dann aber ans *Zahlen* ging, da streiften die großen Patrioten auf einmal all die gleißnerischen Hüllen, in die sie sich sonst zu kleiden lieben, mit einer derartigen Ungeniertheit, ja eigentlichen Schamlosigkeit ab, daß der ganze Entwurf für die Deckung der Rüstungsausgaben an den Bundesrat zurückgewiesen wurde. Und der hat nun als Strafaufgabe ein neues Finanzprogramm auszuarbeiten, das auf die Erwerbs- und Besitzinteressen all diejenige Rücksicht nehmen muß, die in unserer «reinen» Demokratie ernstlich geboten ist.

Angefangen hat das erhebende Schauspiel mit dem organisierten Widerstand gegen eine Getränkesteuer, gegen die alles, was irgendwie am Alkoholgenuß interessiert ist, aufgeboten wurde, mit dem Erfolg, daß der Nationalrat diesen Anschlag auf die heiligsten Güter der Nation mit beträchtlicher Mehrheit abwies. Er stimmte dann zwar der verstümmelten Deckungsvorlage in der Gesamtabstimmung dennoch zu; die Opposition gegen die Zuschläge auf die eidgenössische Wehrsteuer, die den Schwerverdienern ein besonderer Anstoß sind, äußerte sich nur in einer auffallend hohen Zahl von Stimmenthaltungen. Dafür ging dann der Ständerat, dieser zuverlässige Hort aller klassenegoistischen Besitzinteressen, um so offener aufs Ganze, indem er gegen nur neun Stimmen die Deckungsvorlage in Bausch und Bogen verwarf. Und das machte dann schließlich auch dem Nationalrat Mut, dem Bundesrat seinen ganzen Finanzierungsplan vor die Füße zu werfen, nachdem ein Antrag auf Wiederaufnahme der Getränkesteuer mit knapper Mehrheit abgelehnt worden war.

Die Folge ist, daß nun über die neue Deckungsvorlage von Räten und Volk nicht vor Jahresende beschlossen werden kann und die verhaßten Wehrsteuerzuschläge mindestens für 1951 nicht erhoben werden. Ob sie überhaupt noch einmal auftauchen,